

Mehr als Gentrifizierung und Ghetto: Die räumlichen Dimensionen von sozialer Teilhabe und Ausgrenzung

Das Spannungsverhältnis aus Teilhabe und Ausgrenzung hat auch eine räumliche Dimension – allein schon aufgrund der regional ungleichen Bedingungen des Arbeitsmarktes, der Sicherheit der Beschäftigungsverhältnisse, des Lohnniveaus und der sozialstaatlichen Leistungen insbesondere durch Länder und Kommunen. Über den Wohnungsmarkt werden diese Ungleichheiten widergespiegelt und verstärkt, denn über ihn wird letztlich die Verortung der Individuen im Raum bestimmt. Von dieser wiederum hängt die Ausstattung mit und die Erreichbarkeit von wesentlichen Einrichtungen der täglichen Versorgung ab. Diese territorial ungleiche Verteilung kann zum einen über Statistiken als gesellschaftlicher Zustand beschrieben werden. Sie bekommt aber eine zusätzliche Bedeutung, wenn mit der ungleichen Verteilung im Raum auch unterschiedliche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe verbunden sind.

Wenn die Verortung im Raum tatsächlich die Chancengleichheit beeinflusst, dann stellt sich die Frage, wie ein Wohnungsmarkt reguliert werden müsste, um die bestehenden sozioökonomischen Ungleichheiten durch die Zuweisung in bestimmte Wohnungsmarkt-Segmente abzufedern.¹ Gerade in Großstädten zeigt sich ein zunehmendes ökonomisches und kulturelles Auseinanderdriften der Quartiere, was sich in räumlichen Konzentrationen der Wohnstandorte sozialer Gruppen niederschlägt. Die Aufwertungsprozesse werden mit «Gentrifizierung» bezeichnet, für die Konzentration von einkommensschwachen Haushalten wird häufig der Ghetto-Begriff verwendet. Es steht die These im Raum, dass die ungleiche räumliche Verteilung von sozialen Gruppen eine zusätzliche Bevorzugung respektive Benachteiligung ergibt, also Effekte der jeweiligen Orte wirksam werden.

1 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim & München.

Wohnraum – Markt oder Daseins-Grundversorgung?

Gesellschaftliche Interessensgegensätze zeigen sich sehr deutlich daran, welchen Stellenwert dem Wohnraum beigemessen wird. Nach der Einschätzung der Vereinten Nationen ist Wohnen ein grundlegendes menschliches Bedürfnis: in §25, Abs. 1 ihrer Menschenrechtsdeklaration ist das Wohnen daher als Menschenrecht definiert – allerdings noch mit dem Hinweis auf «Familie». Zudem wird im Artikel 11.1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein «Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschließlich des Rechts auf Wohnen» eingeräumt. Obwohl von der Bundesregierung am 9.10.1968 unterzeichnet und am 17.12.1973 ratifiziert, wurde das Recht auf Wohnen bis heute in der Deutschen Verfassung – im Gegensatz zu einzelnen Landes-Verfassungen – nicht verankert. Dieses Recht ist zudem nicht im Einzelfall einklagbar.

Bund, Länder und Kommunen ziehen sich im Zuge der Deregulierung und Privatisierung immer mehr aus ihrer politischen und finanziellen Verantwortung für die Wohnungspolitik zurück – zeitlich befristete Mieten und Staffelmieten mit fixen Preissteigerungen sind in den vergangenen Jahren häufiger geworden. Vor dem Hintergrund der steigenden Attraktivität von Großstädten hat sich der nationale und internationale Zuzug in diese Stadtregionen deutlich verstärkt. Der Bau von Neubauwohnungen blieb in den vergangenen Jahren entscheidend hinter der steigenden Nachfrage zurück. Vor dem Hintergrund unsicherer Kapitalmärkte wurde zudem «Betongold», also die Kapital-Anlage in Immobilienfonds, zunehmend attraktiv. In allen Großstädten führen deshalb steigende Mieten und Immobilienpreise insbesondere in innenstadtnahen Quartieren zur Verdrängung einkommensschwacher Mieter in peripherere Standorte. Das hat zur Folge, dass soziale Probleme und eine gewisse Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit in bestimmten Wohnvierteln konzentriert wurden.

Gentrifizierung – gute Gründe, schlechte Folgen

Unter Gentrifizierung versteht man die Aufwertung meist innenstadtnaher Wohngebäude durch steigende Mieten und häufig auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Sehr häufig wird zudem die Verdrängung bisheriger Mieterinnen und Mieter aufgrund der forcierten Marktprozesse als Bestandteil der Definition angesehen. Bedeutsam ist aber auch der Verlust preiswerten Wohnungsbestandes, zumal da der Anteil der Haushalte mit niedrigen Einkommen innerhalb der Großstädte steigt und die Zahl preiswerter Wohnungen sinkt.

Umstritten war in der wissenschaftlichen Debatte anfangs die Frage, ob das Angebot seitens der Wohnungswirtschaft oder die Nachfrage von gut gebildeten jungen Haushalten der Mittelklasse die treibende Kraft der Gentrifizierung war.²

2 Dangschat, Jens S. (1988): Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Nachbarschaften. In: J. Friedrichs (Hrsg.): *Soziologische Stadtforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 29/1988, S. 272–292.

Heute geht man eher davon aus, dass beides sich gegenseitig verstärkt. Unabhängig von der Ursachenforschung wurden diese Prozesse innerhalb der Sozialwissenschaften ursprünglich eindeutig negativ gesehen und daher kritisiert.³ Heute dagegen wird die Debatte aus kontroversen Perspektiven geführt: Die Bau- und Wohnungswirtschaft, viele Angehörige der Mittelklasse und einige Akteure in der Kommunalpolitik befürworten den Prozess als Umkehrung der Abwärtsspirale und die Rückkehr der neuen zahlungsfähigen Gruppen – und weisen dabei den Begriff «Gentrifizierung» zurück. Auf die einkommensschwachen Haushalte dagegen kommen höhere, meist nicht mehr tragbare Mietbelastungen zu, verbunden mit einem hohen Risiko der Verdrängung, oder aber es wird das Mietverhältnis aufgekündigt. Insgesamt steigen die Lebenshaltungskosten, und die sozialen Netze, das eigentliche «soziale Kapital», werden schrittweise ausgedünnt.⁴

Die unterschiedlichen Sichtweisen in der Kommunalpolitik und in kommunalen Verwaltungen ist auch durch die Zuständigkeitsebene bestimmt: Auf gesamtstädtischer Ebene überwiegt der ökonomische Vorteil durch steigende Steuereinnahmen, private Investitionen in den Wohnungsbestand sowie die Sichtbarkeit attraktiver Wohnviertel, die sich wiederum positiv auf Tourismus und Betriebsansiedlungen auswirkt. Betrachtet man hingegen die sozialstaatlichen Kosten wie Wohnbeihilfe oder sonstige Sozialtransfers und den Verlust preiswerten Wohnraumes, dann werden die Prozesse eher kritisch gesehen. Daher ist die Frage, ob Gentrifizierung gefördert oder verhindert und bekämpft werden sollte, auch in der politischen Praxis häufig umstritten.⁵ In Übersichtstabelle 1 sind die positiven und negativen Aspekte der Gentrifizierung einander gegenübergestellt.

Ein grundsätzliches Problem besteht darin, dass es eine gewisse Palette an Instrumenten zur Unterstützung der Aufwertungsprozesse gibt und diese auch genutzt werden, weil sich der Staat in der Rolle sieht, Marktprozesse zu unterstützen, um den eigenen Wirtschaftsstandort zu stärken. Demgegenüber existieren bislang wenige Instrumente, um diesen Prozess «einzufangen» und auf einem gewissen Niveau sozialer und funktionaler Breite zu stabilisieren. Aufgrund des hohen Rechtsgutes des Eigentums wird in die ökonomische Verwertbarkeit von Immobilien nur sehr vorsichtig eingegriffen. Gewählte «Umwege» wie beispielsweise die «soziale Erhaltungssatzung» oder die Erschwerung der Umwandlung von Miet in Eigentumswohnungen erweisen sich in der Praxis als zahnlose Tiger oder wurden gleich höchsttrichterlich wieder «einkassiert».

3 Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*, New York.

4 Atkinson, Rowland/Bridge, Gary (2005): *Gentrification in a Global Context. The new urban colonialism*, London.

5 Berndt, Matthias/Holm, Andrzej (2009): *Is it, or is it not? The conceptualisation of gentrification and displacement and its political implications: the case of Prenzlauer Berg*. In: *City* 13 (2/3), S. 312–324.

Tabelle 1: Einschätzung der Auswirkungen von Gentrifizierung

Einschätzung der Auswirkungen von Gentrifizierung	
positiv	negativ
Die kontinuierliche Abwärtsspirale wird gestoppt, und das Quartier wird stabilisiert.	Die Mieten steigen, was zur Verdrängung der Mieter/innen führt.
Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stabilisiert das Quartier.	Bezahlbarer Wohnraum im Quartier wird knapp und geht unwiederbringlich verloren.
Der Wert der Wohnungen steigt.	Die verdrängten Haushalte werden möglicherweise obdachlos.
Der Leerstand der Gebäude verschwindet.	Es entstehen sekundäre psychologische Folgen aufgrund der Verdrängung.
Die lokalen Steuereinnahmen steigen.	Die lokalen Nahversorger werden ausgetauscht, und die Preise der Lebenshaltungskosten steigen.
Die Kriminalitätsraten sinken.	Die Kriminalitätsraten steigen.
Das Ausmaß der sozialen Mischung nimmt (wieder) zu.	Das Ausmaß sozialer Mischung geht zurück – von einem sozial heterogenen Quartier zu einem Ghetto der Wohlhabenden.
Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung erzeugt weitere Investments, das wiederum reduziert die Suburbanisierung.	Es entstehen Vorbehalte und Konflikte zwischen den ursprünglichen Bewohnergruppen und den neu hinzugezogenen Mittelklassen.
Die sichtbare bauliche Aufwertung basiert auf öffentlichen und privaten Investitionen (gesehen als Umwegrentabilität des eingesetzten öffentlichen Kapitals).	Es entstehen nicht nachhaltige spekulative Preissteigerungen im Wohnungsmarkt.

Quelle: Eigene Darstellung

Ghetto – Orte (totaler) Ausgrenzung

Der Begriff «Ghetto»⁶ wird im Zuge gegenwärtiger Stadtentwicklung für Gebiete hoher Konzentration bestimmter sozialer Gruppen verwendet – im Zusammenhang mit wohlhabenden Gruppen als «Reichen-Ghetto» oder als «gated community». Es überwiegt jedoch der Blick auf einkommensschwache – «Armen-Ghetto» – und migrantische Gruppen – «Ausländer-Ghetto». Im Gegensatz zur Gentrifizierung werden diese Konzentrations-Phänomene durchgängig negativ gesehen. Die Konzentration wohlhabender Gruppen dagegen wird lediglich von der kritischen Sozialwissenschaft thematisiert – der Rest sieht darin etwas «Normales», das es immer

⁶ Ich halte ihn für die Bedingungen in Westeuropa als ungeeignet, da komplette Abschottungen hier nicht vorkommen.

gegeben habe. Entsprechend macht die Stadtplanung einen Bogen um diese Quartiere, wenn es darum geht, schwierige Standortentscheidungen zu treffen wie etwa störende Infrastruktur, aber auch Unterkünfte von Geflüchteten und Asylsuchenden.

Diese Muster der sozialräumlichen Ausdifferenzierung in bundesdeutschen Städten sind zum einen auf die ökonomische Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaften und zum anderen auf einen veränderten Wohnungsmarkt zurückzuführen. Letzterer wird zunehmend unter Aspekten des Tauschwertes, weniger unter denen des Gebrauchswertes gesehen. Diese Entwicklung wird durch politische Regulierungen eher unterstützt als eingegrenzt: Die Gemeinnützigkeit von Wohnungsbau-Gesellschaften wurde im Jahr 1990 abgeschafft, die Mietgesetze wurden «marktgerechter» gestaltet, oftmals wurde der Bestand kommunaler Wohnungen verkauft. Auch die vor kurzem eingeführte Mietpreis-Bremse, von der Regierungskoalition im Vorwege als großer Erfolg gefeiert, scheint im aktuellen Anbieter-Markt in der Regel unterlaufen zu werden. Zudem ist die Bindungsfrist bei einer staatlich geförderten Sanierung sehr kurz⁷, was insbesondere in innenstadtnahen Lagen die Gentrifizierung unterstützt und zudem «windfall profits»⁸ für andere Eigentümerinnen und Eigentümer erzeugt.

Räumlichen Konzentrationen, bei denen sich die Muster von Armut und bestimmten Migrantengruppen überlagern, sind also die Folge von Prozessen des Wohnungsmarktes und der kommunalen Wohnungspolitik. Die daraus folgenden Konzentrationen armer Haushalte in bestimmten Wohnquartieren ist politischen Äußerungen zufolge dennoch unerwünscht: Es werden negative Einflüsse auf die Sozialisation von Jugendlichen – Kriminalität, geringe Leistungsbereitschaft und Zuverlässigkeit – sowie eine verfestigte Abhängigkeit von sozialstaatlichen Transfers befürchtet. Gleiches gilt für hohe Konzentrationen von migrantischen Haushalten: Hier überlagern sich die Muster von Armut und Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Migrationsgeschichte, gleichzeitig bedienen sie auch den Wunsch, sich in ethnisch und national definierte Communities zurückzuziehen. Dadurch drohe angeblich das Entstehen und die Verfestigung von «Parallelgesellschaften», die ihrerseits die Integration in die Aufnahmegesellschaft erschwerten.

7 In Österreich gibt es keine zeitlich befristete Bindung. Hier gilt: Einmal gefördert – immer gefördert.

8 Damit sind ökonomische Vorteile für diejenigen Eigentümer und Investoren gemeint, die keine öffentlichen Förderungen in Anspruch nehmen und daher keine Auflagen für die Vermarktung ihrer Wohnungen bekommen, aber von der staatlich (mit-)finanzierten Aufwertung des Quartiers profitieren.

Segregation und Ortseffekte

Beim Blick auf diese als «soziale Brennpunkte» bezeichneten Gebiete überwiegt also die Sichtweise auf das Defizit der Bewohnerinnen und Bewohner. Mit dem Bund-Länder-Programm «Soziale Stadt»⁹ werden deshalb investive und prozessbezogene Mittel bereitgestellt, zumindest um ein weiteres soziales und ökonomisches «downgrading» zu verhindern. De facto können in Westeuropa jedoch empirisch kaum negative Effekte dafür ermittelt werden, dass die räumliche Konzentration von Nicht-Deutschen oder Haushalten, die Sozialtransfers empfangen, die Integration in die Gesamtgesellschaft verhindere. Erfolge dabei sind eher auf Persönlichkeitsmerkmale¹⁰ zurückzuführen sowie auf institutionelle Netzwerke, die lokale politische Kultur, das soziale Klima sowie die Deutungs- und Sinnstrukturen und die Handlungsziele der Menschen vor Ort.¹¹ Was jedoch tatsächlich und potenziell negative Ortseffekte angeht, so sind sie in der Wissenschaft umstritten und wurden bislang nicht in der erforderlichen gesamten empirischen Breite untersucht, die in der Übersicht 2 auf der folgenden Seite dargestellt ist.

Wenn's eng wird: Rückzug mit Gleichgesinnten

Die sozioökonomische Spaltung in Großstädten führt zu deutlichen Unterschieden der Mietzahlungsbereitschaft und Kaufkraft, zudem hat die Nachfrage nach innenstadtnahen Wohnstandorten zugenommen. Die Gründe dafür liegen in der demografischen Entwicklung und einem gestiegenen Bildungsniveau ebenso wie in der Verlängerung der Postadoleszenz und veränderten «gender roles». Quartiere, in denen die Nahversorgung und die gastronomische Dichte deutlich besser ist, wo sich die Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen lassen und man daher nicht (mehr) auf ein eigenes Auto angewiesen ist, wurden innerhalb der letzten 20 Jahre deutlich attraktiver.

So lange diese Quartiere durch alteingesessene Autochthone, in den 1970er und 1980er Jahren zugezogene Gastarbeiter und deren Familien, durch Studierende und links-alternative Jung-Erwachsene gekennzeichnet sind, scheint für viele, die dort wohnen, alles in Ordnung zu sein. Von den zuletzt gekommenen, den «Pionieren»,

9 Mit diesen Strategien wird angestrebt, das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken, das (Aus-)Bildungs-Niveau zu verbessern, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Qualität der Infrastrukturen, insbesondere Schulen und Kindergärten, und des öffentlichen Raums zu verbessern.

10 Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen (2009): Internal heterogeneity of a deprived urban area and its impact on residents' perception of deviance. In: Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Galster, George G. (Hg.): Quantifying neighbourhood effects. Frontiers and perspectives, London/New York, S. 124–151.

11 Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption; dies. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim/München, S. 17–75.

Tabelle 2: Dimensionen und Messgrößen von Ortseffekten

Dimension	Indikatoren
Lage und Erreichbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Lage im städtischen Kontext (Zentralität) ■ Städtebauliche Typologie ■ Erreichbarkeit (mit ÖPNV, zu Fuß)
Soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anteil von Ausländerinnen und Ausländern* ■ Anteil an Personen mit Migrationshintergrund* ■ Soziale Schicht/soziale Lage ■ Diversitätsindex Nationalität/Ethnie ■ Diversitätsindex nach Migrationshintergrund ■ Diversitätsindex nach Schicht/Lage
Ausstattung «hard infrastructure» (Wohnen, Infrastruktur)	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausstattung Wohnbau (Qualität, Preisgefüge, Eigentum) ■ Ausstattung Infrastruktur (privat: Versorgung für täglichen und mittelfristigen Bedarf, Dienstleistungen) ■ Ausstattung Infrastruktur (öffentlich)
Soziale Beziehungen «soft infrastructure»	<ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale Netzwerke (des-/integrationsfördernd) ■ Politische Kultur ■ Institutionelles Setting (Einrichtungen, deren Zielsetzungen Integration/Desintegration unterstützen)
Öffentlicher Raum	<ul style="list-style-type: none"> ■ Nutzung des öffentlichen Raumes
Image, Symbolwirkung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einschätzung des Quartiers in der Binnensicht aufgrund der Wohnbevölkerung ■ Einschätzung des Quartiers in der Binnensicht aufgrund der Wohnbau- und Infrastruktur ■ Einschätzung des Quartiers in der Außensicht aufgrund der Wohnbevölkerung ■ Einschätzung des Quartiers in der Außensicht aufgrund der Wohnbau- und Infrastruktur

* Diese Maße sind sicherlich aus soziologischer Sicht unzureichend, weil sie für integrationsrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen nicht einheitlich sind; sie sollten zumindest hinsichtlich des formalen Bildungsniveaus kontrolliert werden.
Quelle: Eigene Darstellung

wird dabei jedoch häufig übersehen, dass ein Großteil der Infrastruktur bereits in ihrem Interesse verändert wurde und eben nicht mehr dem der Alteingesessenen entspricht, während die migrantische Ökonomie überwiegend als Bereicherung empfunden wird. Dass dabei bereits soziale Gruppen ohne große Lobby, oftmals ebenfalls migrantische, verdrängt werden, wird meist übersehen oder billigend in Kauf genommen. Erst dann, wenn andere Lebensstil- und Einkommens-Gruppen, wahlweise als Yuppies, Bobos oder Hipster bezeichnet, sich ihren Platz nehmen und sich eine ökonomische Aufwertung abzeichnet, wird der Begriff «Gentrifizierung»

12 Quelle: Dangschat, Jens S. (2014a): Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum, S. 125. In: Berger, P.A./Keller, C/Klärner, A./Neef, R. (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten, Wiesbaden, S. 117-132.

erstmalig genutzt, um den Widerstand gegen eine weitere ökonomische Aufwertung zu formulieren. Dann wird das «Recht auf Stadt» im Namen der Opfer der Verdrängung eingefordert.

Die ambivalente Rolle der «Pioniere» ist in der Debatte durchaus bekannt: Die Summe nachvollziehbarer Entscheidungen junger, gut gebildeter Haushalte führt auf Quartiersebene zu meist unerwünschten Mengeneffekten.¹³ Gerade in diesen Stadtteilen liegt jedoch der Anteil der Wähler der Bündnis 90/Die Grünen und linker Gruppierungen meist deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Es sind also Menschen, die sich politisch progressiv definieren, die in «angentifizierten» Gebieten leben und sie lieben. Erst wenn diese Prozesse über ihre eigenen Interessen und/oder ihre Zahlungsbereitschaft hinausgehen, werden sie kritisiert.

Zudem entwickeln sich auch in dieser Bevölkerungsgruppe zunehmend neue Formen des Rückzuges in Baugruppen und andere Formen gemeinschaftlichen Wohnens und Arbeitens, die mit deutlichen Ambivalenzen verbunden sind. Zum einen sind selbstverwaltete und selbstverantwortete Lebens- und Arbeitsformen wünschenswert, zum anderen stellen sie aber einen Rückzug in wenig vielfältige Werte-Gemeinschaften dar. Denn trotz aller möglicher soziodemografischer und sozioökonomischer Vielfalt sowie unterschiedlicher Berufe sind diese Gemeinschaften sehr stark von einheitlichen Werten hinsichtlich der «gender roles», der Art der Kindererziehung, der Ernährung und/oder der parteipolitischen Ausrichtung geprägt. Auch diese «cultural gated communities» sind Rückzugsorte aus einer ausdifferenzierten Stadtgesellschaft, die zumindest sicherstellen, dass die Nachbarn ähnlich ticken wie man selbst, dass es keine Probleme gibt, wenn die eigenen Kinder mit denen in der Nachbarschaft spielen etc. Das zeigt, dass auch «aufgeklärte» Mittelschichten ihre gesellschaftlichen Trenn- und Ausgrenzungslinien haben, die im öffentlichen Diskurs jedoch hinter der Frage der Offenheit gegenüber der Zuwanderung «versteckt» werden.¹⁴

Stadt für alle ermöglichen

Will man das zunehmende Auseinanderdriften ganzer Stadtteile in deutschen Großstädten eindämmen und abbauen, sind eine Reihe politischer Weichenstellungen notwendig. Sie reichen weit über stadtplanerische Entscheidungen hinaus und setzen ein Abrücken von der «schwarzen Null» im Bundesetat zwingend voraus. Die Produktion von Armut und sozialer Ausgrenzung lässt sich nur durch entsprechende Eingriffe in die Lohn- und Gehaltsstrukturen verhindern und setzt eine stärkere Einbindung der Arbeitgeberseite in die Finanzierung des Wohlfahrtssystems sowie

13 Alisch, Monika/Dangschat, Jens S. (1996): Die Akteure der Gentrifizierung und ihre «Karrieren». In: Friedrichs, Jürgen/Kecskes, Robert (Hrsg.): Gentrification. Theorien und Forschungsergebnisse, Opladen, S. 95–129

14 Dangschat, Jens S. (2015): Gesellschaftliche Vielfalt – Heraus- oder Überforderung der Raumplanung? In: Dangschat, J.S./Getzner, M./Haslinger, M./Zech, S. (Hg.): Raumplanung – Jahrbuch des Departments für Raumplanung der TU Wien 2015, Wien/Graz, S. 15–38.

eine steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden und kinderreichen Haushalten voraus.

Städte müssen zudem in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen bessergestellt werden – in der Vergangenheit wurden zu viele Aufgaben ohne entsprechende Gegenfinanzierung auf die kommunale Ebene verlagert. Außerdem gibt es – im Gegensatz zum Ausgleich zwischen Nationalstaaten innerhalb der EU oder zwischen Bundesländern – bislang keinen finanziellen Ausgleich auf kommunaler Ebene. Dieser kann auch auf Basis von «*in kind*-Leistungen» oder im Rahmen des Anreizes von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (Vereine, religiöse Gemeinschaften, Unternehmen) geschehen. Die so gewachsenen finanziellen Spielräume sollten dann entsprechend der folgenden Ziele gesellschaftlicher Kohäsion eingesetzt werden:

- Keine resp. die Rücknahme der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, insbesondere des Wohnungsbestandes.
- Verbesserung der Lern- und Bildungsinfrastruktur gerade in den «problematischen» Quartieren.
- Kurzfristig ist der Zeitraum der Mietpreis-Bindungen zu verlängern und mittelfristig die zeitliche Begrenzung abzuschaffen («Österreich-Modell»).
- Das Bund-Länder-Programm «Soziale Stadt» sollte unter Stärkung der prozessbezogenen Förderung des «empowerment» weiter ausgebaut werden. Diese Mittel sollten jedoch nicht als konsumtive Ausgaben, sondern als ein Investment in die gesamtstädtische Kohäsion angesehen werden.
- Bei den prozessbezogenen Aufwendungen sollte nicht nur «mehr vom Gleichen» gemacht werden, sondern es sollten Innovations-Anreize gesetzt, längere Finanzierungsrahmen möglich gemacht und die Arbeit in «integration labs» forciert werden.
- Die Evaluations-Kriterien für die sogenannten «sozialen Brennpunkte» müssen überprüft werden. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass diese Quartiere und Wohnungsmarkt-Segmente eine gesamtstädtische Funktion des Ankommens und Unterstützens bei ersten Integrationsschritten haben. Deshalb kann eine statistisch gemessene Stabilität also auch ein Fortschritt sein, wenn sich vor Ort stabile und integrative Netzwerke entwickeln oder aber Haushalte fortziehen, die auf den unterstützenden Kontext nicht mehr angewiesen sind, aber Haushalte neu hinzukommen, die gerade diesen benötigen.